

Der Grundstein

Wochenblatt des Deutschen Bauwerksbundes

für Werkmeister, Gesellen, Lehrlinge und Hilfsarbeiter in Maurer-, Beton- und Tiefbauarbeiten, in der Kachelofen- und Steinzeugindustrie, in Scheibenspinnereien und Glasereien, in Puffer- und Stuckbetrieben, für Asphaltierer und die Arbeiter im Straßenbau, Isolierer, Fliesenleger, Ofenseher, Steinholz- und Terrazzoarbeiten

Das Blatt erscheint wöchentlich Sonnabends
Monatsbezugspreis 1 Reichsmark (ohne Bestellgeld)
Bestellungen nur durch die Post
Schluß des Blattes: Donnerstags mittags

Herausgegeben vom
Deutschen Bauwerksbund
Hamburg 25, Wallstr. 1

Preis für Geschäftsanzeigen die jehngepaaltene Milli-
meterzeile 1,25 M. Bei größeren Abchlüssen Rabatt
ber nur als Kaszararbeit gilt.
Arbeitsmarkt die dreigealtene Kleinzeile 3 M.
Anzeigen der Bauwerkschaften Zeile 50 A.

Vernichtet den Besitzbürgerblock!

Die Kritik über die Politik des unrühmlich dahingehenden Bürgerblocks wird bei der von ihm verfolgten inneren und äußeren Politik, wie bei seiner Kultur- und Sozialpolitik einsehen, und sie wird vernichtend ausfallen. Nicht weniger vernichtend wird aber die Kritik seiner Wirtschaft- und Finanzpolitik sein. Die unter den gegebenen Verhältnissen erreichbare bestmögliche Entfaltung der Produktivkräfte und die bestmögliche Befriedigung der Lebensbedürfnisse der großen Massen sind die Leitsätze, an denen sich eine volkswirtschaftlich richtige Wirtschaftspolitik orientieren muß. Was wir unter der Herrschaft des Bürgerblocks erlebt haben, steht in schroffem Gegensatz zu diesen Forderungen. In erster Linie wird dies bei der vom Bürgerblock betriebenen Handels- und Zollpolitik sichtbar. In Deutschland brauchen wir ein niedriges Preisniveau, wenn die Bedürfnisse der Bevölkerung befriedigt werden und darüber hinaus Fertigkeiten im nötigen Umfang ausgeführt werden sollen. Die sehr hohen Zölle, die in der Zollnovelle von 1925 eine ungeheure Steigerung erfuhren, verteuern die Produktionskosten und den Verbrauch und schränken einzelnen Produktionsgruppen auf Kosten der Verbraucher massen große Sondergewinne zu. Auf der Weltwirtschaftskonferenz zu Genf hat man sich für einen Zollabbau ausgesprochen. Auch der deutsche Reichswirtschaftsminister hat die Einleitung einer Zollsenkungaktion ins Auge gefaßt. Die hinter dem Bürgerblock stehenden Kräfte vermöchten aber jeden Zollabbau zu verhindern. Die ungeheuren Zölle wurden seiner Zeit als „Verhandlungszölle“ gerechtfertigt, die in den Handelsverträgen ermäßigt werden sollten. Indessen sind die hohen Zölle trotz Abschließes des — an sich wichtigen — deutsch-französischen Handelsvertrages und einiger anderer Handelsverträge zum großen Teil, mindestens bei der Hälfte der Zollpositionen, bestehen geblieben. Die Interessenten sorgen dafür, daß wir auf diesen hohen Zöllen „sitzen bleiben“; ihre Zollsabotage verhindert das Zustandekommen von Handelsverträgen, die für die deutsche Ausfuhr von größter Wichtigkeit wären. Unter dem Schutze der Bürgerblockparteien ist zwischen Großindustrie und Landwirtschaft eine Einheitsfront für den Zollschutz zustande gekommen. Selbst die verarbeitende Industrie ist in die Reihe der Hochschutzzöllner eingetreten. Die Regierung hat bei den Zollverhandlungen wichtige Waffen aus der Hand gegeben, um das Zustandekommen internationaler Kartelle zu fördern. Das stärkste Stück in der Zollpolitik der Bürgerblockregierung waren die Zollgeschenke an die Großgrundbesitzer. Die Getreidezölle wurden im Jahre 1926 durch den Bürgerblock stark erhöht. Es folgten Zollerhöhungen im Jahre 1927 für Kartoffeln, Zucker, Mehl, Schweinefleisch und Industriemais. Der Bürgerblock sucht jetzt diese Zollerhöhungen, die die Lebenshaltung der Massen so stark verteuern, zum Teil mit der Behauptung der „Preischere“, das heißt des Mißverhältnisses zwischen den Preisen für industrielle und landwirtschaftliche Produkte, zu entschuldigen. Auch möchte er den Schein erwecken, als ob jene Maßnahmen nicht allein zugunsten des Großgrundbesitzes, sondern auch der Bauern getroffen wurden. Beide Behauptungen sind unwahr. Die neuen Agrarzölle wurden zu einer Zeit geschaffen, wo die „Preischere“ bereits lange geschlossen war und die Preise für Agrarprodukte eine außerordentliche Höhe erklommen hatten. Die meisten Agrarzölle, wie die Erhöhung des Zucker- und Industriemaiszölles, zum größten Teil auch des Kartoffelzölles, dienen allein dem Großgrundbesitz. Was die Schweinezucht anbelangt, so hätte man den Bauern mit der Aufhebung des Zolls auf Futtermittel einen viel besseren Dienst erwiesen, als mit der Erhöhung der Schweinefleischzölle. Die vor Lorezschluß beschlossene Herabsetzung des zollfreien Getreidekontingents liegt ebenfalls in dieser Richtung. — eine kleinliche und kurzfristige Maßnahme, die die Lebenshaltung verschlechtern wird, ohne der Landwirtschaft im geringsten zu helfen. Das vor Auflösung des Reichstags angenommene landwirtschaftliche Notprogramm steht ebenfalls im Zeichen einer Wirtschaftspolitik, die nicht auf das Wohl des Ganzen gerichtet ist, sondern allein einzelnen Gruppen Gewinne zuführt. Volkswirtschaftlich bedeutet das Notprogramm ein volles Glas. Fast sämtliche dort beschlossenen Maßnahmen sind nicht im entferntesten geeignet, die gegenwärtige Kreditkrise der Landwirtschaft, von der überwiegend nur der Großgrundbesitz ergriffen ist, zu beheben.

Die für die Landwirtschaft bewilligten Mittel werden vornehmlich zugunsten einzelner Sonderinteressen und Sondergruppen verpulvert. Dabei hat der Bürgerblock nicht veräußert, den großagratischen Einfluß bei den Kreditorganisationen zu festigen, wie dies bei der Erweiterung des Wirkungsbereiches der von den Großagrariern beherrschten Rentenkreditanstalt und im Kampf gegen die Preußenkasse geschehen ist.

War die vom Bürgerblock betriebene Handels- und Zollpolitik für die Gestaltung des deutschen Preisniveaus ver-

hängnisvoll — der Index für die industriellen Konsumgüter hat sich seit Beginn des Jahres 1927 von 151,1 auf 172,1 am Ende des Jahres, also um 14 % erhöht —, so wirkte die Untätigkeit der Regierung in bezug auf die Preispolitik der Kartelle in derselben Richtung. Nicht nur wurde die von der Sozialdemokratie energig geforderte Kartellkontrolle nicht verwirklicht, sondern es wurde auch darauf verzichtet, die bereits jetzt möglichen Eingriffe vorzunehmen. Bezeichnend dafür ist der Rückzug gegenüber der Eisenindustrie. So blieb die deutsche Volkswirtschaft der Willkür der Monopolisten ausgeliefert. Der Kampf der Unternehmer gegen die Gemeinwirtschaft und gegen die wirtschaftliche Befähigung der öffentlichen Anstalten sowie die Politik des Reichsbankpräsidenten Schacht, der die öffentliche Hand an der Aufnahme von Auslandsanleihen hindern wollte, wurde vom Bürgerblock und den hinter ihm stehenden Parteien mit vollem Eifer unterstützt. So wurden die Städte für Auslandsanleihen unter ein Ausnahmerecht gestellt, das ihren Kredit schädigen und verteuern mußte.

Auch die Finanzpolitik des Bürgerblocks war nicht besser als seine Wirtschaftspolitik. Dies zeigt sich sowohl in der Gestaltung der Reichsausgaben als auch in der Aufbringung der Einnahmen. Auf der Ausgaben Seite, wo Posten wie Ausgaben für Kinderleistungen aus Sparfondsrücklagen gestrichen wurden, breiten sich Ausgaben für Aufwandszwecke aus. Der Wehrelaf marschiert weitaus an der Spitze aller anderen Reichsverwaltungen. In den drei Jahren seit 1924 sind die Kosten des Wehrministeriums um 246,8 Millionen angewachsen. Dabei sind die Verschleierungsmöglichkeiten, in erster Linie beim Wehretat, aber auch bei Ausgaben für andere Zwecke äußerst bedenklich. Eine wirkliche Einsicht in die Staatsausgaben ist heute nicht möglich und die Kontrollrechte des Parlaments sind außerordentlich geschnitten. Die Bürgerblockparteien haben alle Anträge zur Aufschaltung der Verschleierungsmöglichkeiten abgelehnt. Die Lastenerleichterung hat sich während der Herrschaft des Bürgerblocks weiter zugunsten der großen Massen der Arbeiter und Nutverbraucher verschlechtert. Die Lohnsteuer wie die Umsatzsteuer wurden zwar gesenkt. Dem steht aber die gewaltige Steigerung der Einnahmen durch die Erhöhung der Zölle und Verbrauchssteuern gegenüber. Die Zolleinnahmen sind von 1924 bis 1927 um mehr als das Dreifache gestiegen, so daß die Zollbelastung jetzt fast eine Milliarde Mark jährlich beträgt. In derselben Zeit sind die Einnahmen aus Verbrauchssteuern von 1200 auf 1650 Millionen jährlich angewachsen. Was nun insbesondere die Herabsetzung der Lohnsteuer anbelangt, so sind hier die Arbeiter geprellt worden. Nach der sogenannten Ley-Bürning hätte die Lohnsteuer gesenkt werden sollen, die Einnahmen aus dieser Quelle auf höchstens 1200 Millionen jährlich hätte begrenzen sollen. Vom Bürgerblock wurde aber nur eine geringfügige Ermäßigung bewilligt und die Höchstgrenze der Einnahmen aus der Lohnsteuer von 1200 auf 1300 Millionen heraufgesetzt. In Wirklichkeit wird der Ertrag der Lohnsteuer 1928 wahrscheinlich auf 1500 Millionen steigen. Von den gesamten Verbrauchssteuereträgen in den Jahren 1924/27 in der Höhe von fast dreißig Milliarden entfallen rund 20 Milliarden auf die Massenbelastung und nur rund 9 Milliarden auf die Besitzbelastung. Die Erträge aus den Vermögens- und Erbschaftsteuern sind verschwindend gering. Die Vermögenssteuer brachte 1926 insgesamt 359 Millionen Mark, das heißt nicht einmal den vorgeschriebenen Mindestbetrag von 400 Millionen, die Erbschaftsteuer nur 36 Millionen Mark. Dieser Mißerfolg ist in erster Linie auf die Bewertungsbeschränkungen, die eine entsprechende Besteuerung der Vermögen und der Erbschaften unmöglich machen, zurückzuführen (bei der Erbschaftsteuer auch auf die weitgehende Steuerbefreiung der Ehegatten). Die Steuerausbringung der Landwirtschaft, wo zur Bewertung des landwirtschaftlich genutzten Bodens auch die Interessen hinzugezogen wurden, artekte zu einer Steuerabgabe größten Umfangs aus. Die Steuerlast der Landwirtschaft wird fast ausschließlich von den mittleren und Kleinbauern getragen. Bezeichnend für die Lage ist, daß die deutsche Landwirtschaft an Einkommensteuern jährlich nur 80 Millionen Mark zahlt (bei einem Gesamtvermögen von 800 Millionen Mark, ohne Lohnsteuern, in der Höhe von 1355 Millionen im Jahre 1927). In Ostpreußen wurden von den Mittelbetrieben drei Viertel, von den Großbetrieben zwei Drittel von der Ein-

Wahltag ist Zahltag!

Heraus, Du Proletariat!
Jetzt zählt Euch, daß die grüne Saat
Des Sozialismus weiter sprieße
Und kräftig in die Halme schieße!
Jetzt gilt es, bei den Reichstagswahlen
Den Bürgerblocklern heimzuzahlen!
Man hat uns lang' genug gefoppt!
Jetzt aber heißt es: Abgestoppt!
Man sagt, daß Wahltag Zahltag sei —
Nun wohl, so zahlt dem Bürgerblock
Bei dieser Wahl auch noch die Zinsen
Und jagt ihm reslos in die Binsen!
Gedenkt der gloriosen Taten
Des Bürgerblockes! Nur zum Schaden
Des Volkes hat er flott „regiert“,
Den deutschen Michel angeschmiert
Und ihn bepackt mit all den Lasten,
Die selbst zu tragen ihm nicht paßten!
Die Steuerlast woll' er nicht mindern
Den Aermsten von den Landeskindern!
Dafür mit Sachverständigenkenntnis
Empfand er inniges Verständnis
Und hatte stets ein mildes Herz
Für aller Reichen Steuerschmerz!
Ein Graus war der Achtstundentag!
Er fand im schwarz-weiß-roten Jagd
Des Bürgerblockes keine Gnade!
Die Bürgerblockler aller Grade
Sind nur für Lohnverengung
Und Arbeitszeitverlängerung!
Auch in den Sozialbelangen
Trug dieser Block nie das Verlangen,
Dem deutschen Arbeitsvolk zu nützen;
Es dachten diese Reichtumsulken
In dieser heiligen Reichstagsmesse
Stets nur an sich und ihr Interesse!
Und auch der Wohnungsnot gesteuert
Hat dieser Block nicht; doch verteuert
Hat er dafür die Wohnungsmieten!
Das wagt dieser Block zu bieten
Dem Volk der Arbeit, dessen Nöte
Durch diese Kur man noch erhöhte!
Dagegen war viel Geld vorhanden
Bei diesen schwarz-weiß-roten Granden
Für jeden Reichswehrirrlafanz
Und Panzerkreuzerallmignanz!
Da konnten diese Blockgesellen
Das Volk um Millionen prellen!
So könnt' ich manches noch erzählen,
Doch will ich Euch nicht länger quälen:
Wahltag ist Zahltag! Rechnet ab,
Doch rechnet dabei nicht zu knapp
Und zahlt dem frechen Rechtsblockschleim
Mit vollgewogener Münze heim!
Nun auf zur Wahl! Doch was sehr wichtig:
Wählt überlegt und wählet richtig!
Ein Phrasenbrei riecht oftmals verächtlich,
Doch schmeckt er öfters sehr verächtlich
Nach faulem Zaub. Seht auf Taten,
Dann seid ihr gut und recht beraten!
Wählt sozialistisch! Wählt frei
Und ohne Zögern die Partei,
Die stets schon war in Tat und Wort
Der Unterdrückten starker Hort!
Dann halt ihr alle, jung und alt,
Den Gegnern treulich heimgezählt! T.efs.

kommensteuer befreit. Der Entwurf der Regierung über die Vereinheitlichung des Steuerrechts, eine an sich notwendige Bestrebung, enthält Maßnahmen, die sowohl der Selbstverwaltung der Gemeinden Abbruch tun, wie auf einen unverantwortlichen Abbau der Realsteuern und der Hauszinssteuern hinauslaufen. Die für den Finanzausgleich auf zwei Jahre vorgenommene Ubergangsregelung enthält eine starke Begünstigung der Agrarländer, insbesondere Bayerns, auf Kosten der industriellen Länder. Das Bild der finanzpolitischen Tätigkeit des Bürgerblocks wird abgerundet durch einen Hinweis auf den Aufwertungsbetrag. Die Deutschnationalen haben ihre Wähler, denen sie bei den Wahlen die größten Versprechungen gemacht haben, schmächtig im Stich gelassen, ebenso wie die Kriegsbefehdigen und Sozialrentner, für die alle Verbesserungsanträge der Sozialdemokratie von denselben Deutschnationalen abgelehnt wurden, die früher den Rentnern alle möglichen Zugaben gemacht hatten. Auch bei der Aufwertung der Werkspensionskassen hat der Bürgerblock völlig versagt. Obwohl der Untersuchungsausschuss für die Rückkredite ausdrücklich feststellte, daß Ubergabungen in erheblichem Umfang vorgenommen worden sind — die Großindustrie hat nach Meinung der Sozialdemokratie 83 Millionen zu viel erhalten, ja selbst nach Ansicht der Deutschnationalen sind ihr 34 Millionen mehr gegeben worden, als der wirklich erlittene Schaden ausmachte — hat der Bürgerblock auf eine Rückforderung der zu viel gezahlten Summen verzichtet. Auf diese Weise hat der Bürgerblock die ihm anvertrauten Volksgelder „verwaltet“. Bei den Wahlen wird er nicht allein wegen seiner reaktionären Innen- und Außenpolitik, sondern auch wegen der von ihm verfolgten Wirtschafts- und Finanzpolitik, die hier nur in Unirissen geschildert werden konnte, für schuldig erklärt und verurteilt werden. Die Politik des Bürgerblocks richtete sich nach dem Bibelwort: „Wer da hat, dem wird gegeben; wer da nicht hat, dem wird genommen, was er hat.“ Deshalb baut den Bürgerblock am 20. Mai so in die Pflanze, daß er nie wieder aufstehen wird!

Wählt nur Sozialdemokraten!

Weder Wegweiser noch Bahnbrecher der Wirtschaft!

Vor einiger Zeit hielt der Deutsche Industrie- und Handelsstag seine 48. Vollversammlung ab. Wie immer waren auf dieser Tagung die führenden Persönlichkeiten aus Industrie, Bankwelt, Handel und Gewerbe anwesend. Zahlreiche Vertretungen der Reichs- und Staatsbehörden ergänzten das Bild und stempelten diese Tagung zu einem hervorragenden Ereignis der privaten Wirtschaft. Der Deutsche Industrie- und Handelsstag ist die Spitzenorganisation der Industrie- und Handelskammern in Deutschland. Es gibt in Deutschland 123 Handelskammern, die alle in Industrie, Handel, Banken, Versicherungs- und Verkehrsweesen tätigen Wirtschaftsbetriebe zwangsmäßig umfassen und in sich schließen. Das Ganze ist demnach ein lückenloser Zusammenschluß aller Unternehmer mit staatlichem Zwang. Die Kammern dienen der Förderung und Vertretung der wirtschaftlichen Gesamtinteressen aller Zweige mit Ausnahme der Landwirtschaft und des Handwerks. Sie beruhen auf öffentlich-rechtlicher Grundlage und haben die gesetzliche Pflicht, die allgemeine Staatsverwaltung durch Berichte, Gutachten und dergleichen zu unterstützen. Die leitenden Beamten der Kammern sind mittelbare Staatsbeamte, die nicht nur ihren unmittelbaren Auftraggebern, sondern auch dem Staate gegenüber verantwortlich sind. Man nennt die Kammern die Diagonalen der Kräfte, dazu berufen, den Ausgleich zu fördern und der Wirtschaft neue Wege zu weisen. Das geschäftsführende Präsidialmitglied des Deutschen Industrie- und Handelsstages kennzeichnete die Aufgaben dieser Spitzenorganisation in einem Zeitungsartikel folgendermaßen: „Wichtiger als je ist heute die Aufgabe der Wirtschaft, Wegweiser und Bahnbrecher der politischen Entwicklung zu sein. Der Deutsche Industrie- und Handelsstag folgt nur einer alten Tradition, wenn er der Erkenntnis, daß es auch jetzt im Bau des Reiches vieles neu zu zimmern gilt, klar ins Auge sieht, wenn er darüber hinaus die Pflege internationaler Wirtschaftsbeziehungen zu einer seiner vornehmsten Aufgaben macht...“

Verdienen wir jedoch, das Ergebnis der Tagung zusammenzufassen, so muß von vornherein gesagt werden, daß wenig zu erkennen war, was als „Wegweiser“ der politischen Entwicklung angesehen werden konnte. Der Präsident der Tagung, Franz v. Mendelsohn, betonte die Notwendigkeit eines friedlichen Zusammenlebens der Nationen: „Ist doch die Verflechtung von Staat und Wirtschaft, von Volkswirtschaft und Weltwirtschaft viel zu eng geworden, als daß eine blühende Volkswirtschaft sich anders als im Rahmen einer entwickelten Weltwirtschaft gedeihlich entfalten könnte.“ Herr v. Mendelsohn ist bekanntlich Vizepräsident der Internationalen Handelskammer, also dazu berufen, eine internationale Orientierung zu befürworten. Die Mahnung des Vorsitzenden, die kommenden Wahlkämpfe loyal zu führen, klang ziemlich weltfremd, wenn man die Zustände in Deutschland zur Zeit betrachtet.

Des weiteren kam Herr Dr. Hermes zum Wort, der über die Stellung und Aufgaben der deutschen Landwirtschaft sprach. Herr Herms gilt allgemein als der Anwalt der Landwirtschaft, eine Auszeichnung, die durch diese Rede durchaus bestätigt wurde. Jedoch häufte er sich, einer einseitigen Jollpolitik das Wort zu reden, was in dieser Versammlung durchaus verständlich war. Die dort versammelten Herren vertreten zum großen Teil den internationalen Ausgleich, der durch eine besondere Bevorzugung der Landwirtschaft auf jollpolitischem Gebiet nur gememmt würde. Herr Karl Friedrich v. Siemens, der bekanntlich Vorsitzender des Ausschusses der Reichsbahn-Gesellschaft ist, benutzte die Gelegenheit, den versammelten Wirtschaftsführern die bevorstehende Tarifserhöhung der Reichsbahn schmachtlos zu machen. Die Reichsbahn habe eine böse Erbschaft übernehmen müssen, sie sei mit Reparationen hoch belastet und müsse einen weit größeren Teil ihrer Erträge für Löhne und Gehälter auswerfen als früher.

Aus all diesen Gründen sei eine Tarifserhöhung von 5 % als sehr mäßig zu bezeichnen, jedoch für den Fortbestand der Reichsbahn unbedingt erforderlich. Die Industrie und der Handel haben sich bisher ziemlich einmütig gegen die Tarifserhöhung gewandt. Diese Tagung ließ, da eine Aussprache nicht gewünscht wurde, nicht erkennen, inwieweit der Vorstoß des Herrn v. Siemens auf Gegenliebe gestoßen ist.

Für die Arbeiterschaft war der Vortrag des Herrn Tagart über die Lage der deutschen Wirtschaft von Interesse. Der Redner befaßte sich zum überwiegensten Teile mit den sozialpolitischen Verhältnissen. Man hätte mit Recht erwarten können, daß auf der Tagung der höchsten Spitzenorganisation des Unternehmens etwas ganz Besonderes herausgekommen wäre. Doch was hörte man statt dessen? Herr Tagart klagte über die Schwierigkeiten, die sich der Erfüllung der Aufgaben der deutschen Wirtschaft entgegenstellten. Hinsichtlich der Rendite habe das vergangene Jahr ein unbefriedigendes Bild gegeben. Dabei entschlüpfte dem Redner folgendes Geständnis: „Die Höhe der Dividende gibt nicht immer ein richtiges Bild, da zahlreiche Unternehmen in früheren Jahren sich stille Reserven geschaffen haben, die noch nicht durch entsprechende Höhe des Aktienkapitals berücksichtigt sind. In solchen Fällen wird die Dividende auf ein Aktienkapital gezahlt, das dem inneren Wert des Unternehmens nicht in voller Höhe entspricht.“ Wenn sich zahlreiche Unternehmen in früheren Jahren stille Reserven schaffen konnten, dann kann die Lage der Wirtschaft wohl so schlimm nicht gewesen sein. Dieser Teil der Rede steht mit den übrigen Ausführungen des Herrn Tagart in einem großen Widerspruch; denn der Redner setzte sich nachher mit den sozialpolitischen Kämpfen auseinander, wobei er zu dem entgegengelegten Resultat kam. Er wandte sich gegen die staatlichen Schlichtungsinstanzen, eine Redewendung, ohne die eine Unternehmerrrede von heute überhaupt nicht mehr denkbar ist. Ferner wurde von dem Redner der Standpunkt vertreten, daß es in Deutschland besser sei, auf eine weitgehende Mechanisierung zu verzichten und dafür mehr Arbeiter zu beschäftigen, „wenn nicht die Ueberforderung der Lohnforderungen die wirtschaftlichen Möglichkeiten der Rationalisierung immer erweitern würde“. Das ist auch der Standpunkt der Schwerindustrie, der in der kurz gefassten Formel gipfelt: mehr Arbeiter und geringere Löhne. Daß eine solche Wirtschaftspolitik durchaus entwicklungsfeindlich ist und weder mit den Interessen der breiten Volksmassen noch mit der allgemeinen Wirtschaft übereinstimmt, dürfte klar sein.

Eine Entschlüsselung bewegte sich in den gleichen Gedankenengängen. Bemerkenwert ist davon nur, daß die Notwendigkeit der Verbesserung und Verbilligung der Produktion anerkannt wurde. Es zeugt aber von wenig Geist, wenn das Unternehmertum auch auf seinen größten Tagungen nur alte Lebensregeln hervorholt und sich darauf beschränkt, diese im neuen Anzug der erkaunten Denkfähigkeit vorzuführen. Also weder Wegweiser noch Bahnbrecher war man auf dieser Tagung. Das Volk stellt sich unter Wirtschaftsführern etwas anderes vor als Wiederkäufer von Gedanken, die weder neu noch originell sind!

Wahlkampf und Religion.

Sobald eine Wahl vor der Tür steht, muß neben andern auch die Religion dem Wähler als Mittel zum Zweck dienen. Dann sucht man die religiös fühlenden Arbeiter durch den Hinweis auf die „Religionsfeindlichkeit der freien Gewerkschaften“ einzuschüchtern und sie vor der Wahlparole der freien Gewerkschaften zu erschrecken.

Ist aber schon jemals von uns ein geistliches Wort gegen wahre, gegen echte Religion gesagt worden? Von uns, denen das heilige neue Wirtschaftsziel einer Gemeinschaft geradezu die praktische Verwirklichung religiösen Fühlens bedeutet? Es geht uns um einen geschlossenen Kampf der Unterdrückten und um ein schönes neues Ziel des Menschengeschlechts. Und je mehr jemand in dieses wirtschaftliche Ringen um eine neue Form der Menschheit sein ganzes innerliches Fühlen und Glauben hineinlegt, um so stärker scheint uns die Kraft und das Wollen und der Erfolg zu sein!

Religion, sagt man, heiße Verbindung, weil es von dem lateinischen Worte „religare“, „verbinden“, komme. Du bist, wenn du religiös bist, verbunden. Mit Gott als Christ. Mit dem Naturerleben als Pantheist. Jedenfalls verbunden in deiner Seele, wie du auch fühlst. Kann es da wohl ein religiöseres Ziel geben als das der freien Gewerkschaften, die da eine Gemeinschaft erstreben, daß nicht mehr der Mensch zerrissen und losgerissen vom Menschen ist, sondern alle vereint sind in einer Gemeinschaft, eines Zieles und eines Sinnes?

Welch ein tiefer religiöser Grundgedanke durchheilt dieses unser Geben! Gemeinschaft soll sein! Liebe soll die Seele der Ordnung werden! Alle Menschen sollen einander verbunden sein, daß „Verbindung“, daß Religion das praktische Leben werde!

Glaube du an Gott? Dann mußt du auch an seine Herrlichkeit in einer neuen Verbindung der Gemeinschaft glauben! Und kämpfen, weil man dich bekämpft! Und dich mit deinen Arbeitsbrüdern, deinen Arbeitswestern geschlossen stemmen gegen die Knechtschaft!

Nicht Religion ist das Trennende. Der Mammontrennt. Der Kapitalismus zerreißt. Er zerreißt in Herren und Knechte, in Götzen und Mammons-Götzendiener. Und er fördert das verächtliche, heuchlerische Maul-Christentum. Aber du willst Gott dienen. Der aber spricht nur frei aus einer freien menschlichen Seele.

Du fühlst vielleicht, wie Arbeitsbrüder spotten! Ach, es ist die Verzweiflung, die sie treibt. Schau in die Seele des Volkes, und du findest dort einen tiefen, tiefen Glauben. Woran? An das Geiste, an das du glaubst.

Namen mögen uns trennen. Das Gefühl aber ist gleich bei dir und bei mir. Denn bei dir und bei mir ist Schöne nach Liebe, Güte, Menschlichkeit und Gütlichkeit.

Welche Religion war auch haben: sie zwingt, wenn sie heilig und tief ist, zur freigerwerkschaftlichen Tat. Reicht die Fäden der Armut und die Schote der Knechtschaft nieder, auf daß die Welt zum Dome deiner und meiner Gottheit werde!

Keine Gemeinschaft mit dem IAW!

Nachdem zwischen dem Deutschen Bauwerkverbund und dem Deutschen Bauarbeiterverband in der Tschechoslowakei ein Gegenseitigkeitsvertrag abgeschlossen worden ist, stellt der IAW, der sogenannte Internationale Allgewerkschaftliche Verband i. d. G. S. R. (Tschecho-Slowakische Republik) den Antrag, mit ihm ebenfalls einen Gegenseitigkeitsvertrag abzuschließen. Dieser Antrag ist abgelehnt worden, weil der Deutsche Bauwerkverbund nur mit solchen Verbänden Verträge abschließt, die Mitglied der Bauarbeiter-Internationalen sind. Auch in Zukunft wird unser Bund nur mit Mitgliedern verbänden der Bauarbeiter-Internationalen solche Verträge abschließen. Daraus ergibt sich, daß es im Interesse der in den Grenzgebieten arbeitenden Bauarbeiter liegt, sich stets mit freigerwerkschaftlich zu organisieren, niemals aber in Verbänden vom Schlage des Internationalen Allgewerkschaftlichen Verbandes. Diese Organisation ist ein Anhängsel der Kommunistischen Partei, die es sich zur Aufgabe gestellt hat, die Gewerkschaften zu besuornen, und wenn sie sich nicht ihrem Willen unterwerfen, sie zu zerstören. Im Interesse der Bauarbeiter liegt es, daß solche Organisationen verschwinden! Dem Internationalen Allgewerkschaftlichen Verband muß man dies ganz besonders wünschen; denn er hat in der Zerstörung der gewerkschaftlichen Organisationen in der Tschechoslowakei sein möglichstes geleistet und damit die Unternehmerrrente gefördert. Deshalb kann es mit dieser Organisation, die sich Internationaler Verband nennt, aber außerhalb der Internationalen steht, keine Vertragsgemeinschaft geben. Was für den Verband gilt, gilt auch für die Mitglieder. Wer beim IAW Mitglied ist oder wird, hat keine internationalen Rechte. Kehrt er aus dem ausländischen Grenzgebiet zurück, dann muß er immer wieder neu aufgenommen werden. Der bisher erworbenen Rechte ist er verlustig gegangen. Unsere Mitglieder in den Grenzgebieten mögen dies beachten. Es gilt also keine irgenwede geartete Gemeinschaft mit dem Internationalen Allgewerkschaftlichen Verband!

Zum Kirchenkrieg in Mexiko.

Zwischen der katholischen Kirche und der mexikanischen Regierung bestehen seit vielen Jahren Differenzen, die besonders in den letzten Jahren zu schweren, oft auch blutigen Auseinandersetzungen geführt haben. Da hierbei auch auf Seiten der katholischen Kirche Opfer gefallen sind, rufen die Katholiken außerhalb Mexikos in Wort und Schrift gegen die Grenzstellen in Mexiko auf. Das ist ihr gutes Recht. Wann dabei aber Behauptungen aufgestellt werden, die gegen das achte Gebot verstoßen, dann ist es notwendig, solche Herrschaften auf den Weg der Wahrheit zu verwelsen. Das scheint notwendig zu sein bei dem Herrn Caritasdirektor Dr. Josef Gorbach, der im Caritasverband Feldkirch unter dem Titel „Mexiko, die Synagoge der Hölle“, ein Protestfächlein herausgegeben hat, in dem auf Seite 36 zu lesen ist: „Der deutsche sozialistische Maurerverband sandte jüngst dem Bruder von der Kelle ein sehr warm gehaltenes Glückwunschtelegramm mit dem bringenden Wisse, seine erfolgreiche Tätigkeit zum Wohle aller Kirchenfronten unentwegt fortzusetzen.“ Calles dankte gerührt für diese deutsche Aufmerksamkeit und versprach, auch fernerhin sein Möglichstes zu tun.“ Mit dem „Bruder von der Kelle“ ist der jetzt amtierende Präsident Calles gemeint, der Freimaurer sein soll. Es ist nicht unsere Aufgabe, in den Streit zwischen den politischen und politischen Mächten Mexikos einzugreifen, denn die freien Gewerkschaften, also auch der Bauwerkverbund, sind religiös neutral. § 2 Ziffer 2a der Bundesfassung verpflichtet den Bund, seine Aufgaben zu lösen „unter Wahrung parteipolitischer und religiöser Neutralität“. Diese Bestimmung ist immer eingehalten worden. Wir stellen deshalb fest, daß der Deutsche Bauwerkverbund oder seiner Vorläufer, auch nicht der frühere Zentralverband der Maurer Deutschlands, niemals an irgend einen Präsidenten Mexikos, weder dieses noch irgend ein anderes Telegramm gesandt haben. Da es andererseits in Deutschland keinen „Sozialistischen Maurerverband“ gibt, so bleibt nur noch die Feststellung übrig, daß das „Glückwunschtelegramm“ eine Fälschung ist.

Steuern und Sozialabgaben der Unternehmer.

In den Bilanzen und Geschäftsbüchern der Industriellen und Bankunternehmungen sind die Klageelieder über die allzu hohen Steuer- und Sozialabgaben zum seltenen Bestand geworden, der in keinem Geschäftsbüchlein mehr fehlen darf. Dabei wird die öffentliche Meinung ständig irreführend, indem die zur Auszahlung gelangten Einnahmen und Sozialabgaben gewöhnlich zum Aktienkapital oder Reingewinn der betreffenden Unternehmungen in Beziehung gebracht werden. Im Publikum kann auf diese Weise häufig der Schein erweckt werden, als ob ein Unternehmer, das in Wirklichkeit unnocheure Gewinne erzielt, im abgelaufenen Geschäftsjahr überhaupt nichts verdient habe, ja sogar gezungen war, seine Kapitalabstanz zuzugreifen. Indessen haben Steuer- und Sozialabgaben im Aktienkapital und ausgewiesenen Gewinnsummen überhaupt nicht das geringste zu tun. Allein die von den Unternehmungen erzielten Umsätze geben eine mehr oder minder zuverlässige Vergleichsbasis für die Steuerlasten ab. Wenn zum Beispiel die kürzlich veröffentlichten Bilanz des Elektrokonzerns Bergmann ausrechnet, daß Steuern und Soziallasten 1927 14 % des erhöhten Aktienkapitals ausmachten, so ist eine solche Feststellung völlig belanglos. Berücksichtigt man die Umsatzsteuern, so erobit sich beim Bergmannkonzern eine Gesamtsteuerbelastung in Prozenten des Umsatzes für die Jahre 1924 4,47 %, 1925 3,56 %, 1926 2,9 %. Die Steuerbelastung ist also im Vergleich zum Umsatz in ständiger Sinken begriffen. Im Jahre 1927 stieg der Umsatz gegenüber 1926 um ein Drittel ob auf die Steuerbelastung nach dem Umsatz sank, ist auf der Bilanz nicht festzustellen, da diesmal Steuer- und Sozialabgaben in einem Posten zusammengefaßt erschienen. Der Warenkonzern Karstadt berlocht in seiner Bilanz über eine Steigerung der Steuern von 3,7 auf 6,1 Millionen Mark. Demgegenüber stieg der Umsatz im Detailgeschäft von 175 auf 231,5 Millionen, im Großhandel von 22 auf 45,5 Millionen, wobei die Umsätze der

Einheitspreisläden nicht berücksichtigt sind. Auch beim Karfahthonzern sank die Steuerbelastung in Prozenten des Umsatzes in den letzten Jahren, und zwar betrug sie 1924 4,15 %, 1925 2,72 %, 1926 1,81 %.

Table with 3 columns: Name of company, 1924, 1925, 1926. Includes Brown, Boveri Co., Continental Caoutchouc Co., Hannover, Meyer Kauffmann, etc.

Die Abnahme der Steuerlast war bei allen Gesellschaften erheblich größer, als dem inwärtigen vor sich gegangenen Abbau der Umsatzsteuer entsprochen hätte.

Mehr Grundfabrikare in der Arbeitslosenversicherung!

Merkwürdige Praktiken sollen wahrscheinlich in der Handhabung der Bestimmungen des Gesetzes über Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung eingeführt werden.

Arbeitslosenversicherung ist auch kein Instrument, um den in Geld lebenden, aber Hungerlöhne zahlenden Agrariern Arbeitskräfte zuzuführen.

Die Vorschläge und Anregungen, die der Präsident der Reichsanstalt und das Reichsarbeitsministerium an die obersten Landesbehörden und auch an die Unternehmerverbände gerichtet haben, haben bereits ihre weitere Auswirkung erfahren.

In der gleichen Richtung, diesmal aber direkt gegen die Bauarbeiter gerichtet, liegt ein Bescheid des Präsidenten der Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung.

Ausbildungskurse für Baukontrollreure.

Auf Anregung der Gewerkschaften hat im Februar dieses Jahres der Preussische Landtag das Staatsministerium ersucht, Kurse für die weitere Ausbildung der Baukontrollreure einzurichten.

Es wäre besser gewesen, der Minister hätte in dem Erlaß sofort über Art und Umfang der Kurse genaue Anweisungen gegeben, anstatt sich nur weitere Anregungen vorzubehalten.

Von der Reichsforschungsgesellschaft.

Die Reichsforschungsgesellschaft für Wirtschaftlichkeit im Bau- und Wohnungswesen ist am 29. Juni 1927 als Auswirkung eines Reichstagsbeschlusses vom 14. Dezember 1926 gegründet worden.

In der zweiten Hälfte der Versammlung wurden drei Vorträge gehalten. Es sprachen Professor Wolf, Dresden, über 'Die wirtschaftliche Bedeutung der Grundstoffproduktion'.

Der Faktor Mensch, Arbeiter, spielte nur bei Professor Garboß eine Rolle, und hier auch nur als Kraftmaschine. Wenn Professor Garboß von einer vernünftigen Anwendung der Maschine sprach, so nur wegen des Kostenpunktes.

Wie werden an der Aufgabe der Reichsforschungsgesellschaft mitwirken, um die Wirtschaftlichkeit im Bau- und Wohnungswesen zum Besten des wichtigsten, notwendigen, höchsten Faktors aller Wirtschaft zu betreiben.

Die Schulzeit gehört in die Arbeitszeit.

Eine alte Forderung der Gewerkschaften ist die Verlegung des Berufsschulunterrichts in die Arbeitszeit; die in der Arbeitszeit fallenden Schulstunden sollen wie Arbeitsstunden bezahlt werden.

Mit dieser Forderung sehen wir nicht allein. Die Lehrerschaft, die den Unterricht in den Schulen gibt, weiß

Streiks und Lohnbewegungen

Maurer, Bauhilfsarbeiter und Tiefbauarbeiter: Gelpert sind von der Baugewerkschaft Bremen die Flugregulierungsarbeiten der Firma Dreher aus Hannover in Fischhude, in Waghede das Baugeschäft Sörensen, in Reichenbach i. W. der Baummeister und Steinbruchbesitzer Paul Pfabe wegen rückständiger Löhne, in Segeberg sind gelpert die Firmen Meyer, Fischer, Reichmann-Stuhwoldt, Speck und Fischer-Fabrenburg. Der Arbeitsannahme bei der Firma Wais & Wurster in Stuttgart-Waldenbuch wird dringend gemahnt.

Ziegeleier: Streik ist in Liegnitz.
Töpfer: Gelpert ist für Ofenleher der Töpfermeister Max Behrend in Berlin-Lichterfelde-NW, Altkönigsw. i. P. (Gehr. Kubitz), Burg bei Magdeburg (Uhlmann) und Marienburg (Rudt & Sohn). In Liegnitz, Schwerin, Wernigerode und Zell streiken die Ofenleher. In Hohenleipisch ist die Firma Krüger & Klees für Scheibentöpfer gelpert.

Stuckateure und Bager: Gelpert sind in Erfurt die Stuckmeister Kauderer & Sohn und August Bärk wegen Nichtzahlung des Lohnes, in Weimar die Firma Scheibe.
Alphalier: Gelpert ist Köln.

Steinleher: In Ansbach ist die Firma Diddiller gelpert.
Holzer: Gelpert ist die Firma Sauerhöfer, Mülheim a. d. Ruhr.

Streckenlohnrat für den Bau des Mittellandkanals. In dem Lohnrat über die Erhöhung der Löhne am Mittellandkanal hat das von den Parteien gebildete Sondertariffamt unter Mitwirkung der Herren Arbeitsgerichtsdirektor Meyer als Vorsitzenden sowie Syndikus Art. Neubaldenleben, und Stadtrat Pinnow, Braunschweig, als Unparteiische am 28. April 1928 in Braunschweig folgenden Schiedsspruch gefällt: Vom 12. April bis 26. September gilt für den Bau des Mittellandkanals der nachstehende Streckenlohnrat.

Strecke Kilometer	Facharbeiter	Tiefbauarbeiter	Waldarbeiter
13 - 34	102	76	
34 - 54	95	72	
54 - 77	81	68	
77 - 86	84	66	
86 - 118,2	83	63	
118,2 - 124,7	100	71	
124,7 - 128,8	100	71	
128,8 - 132,7	100	71	
132,7 - 141,7	97	71	
141,7 - 143,8	103	72	
143,8 - 148,4	111	78	
Reichsbahnunterführung	211	78	
Eisabstieg mit Überführung	122	85	
148,4 bis Plauer See	111	79	

1. Die Strecken-Lohnrenten sollen sich mit den Lohnrenten decken.

2. Durch die Löhne dieses Streckentariffs werden die im übrigen für die Tarifgebiete gültigen tariflichen Löhne nicht berührt.

3. Sämtliche Zuschläge der Bezirksarbeitsverträge gelten auch für den vorstehenden Streckentariff und zwar gilt von 30 bis 34 km Der Bezirksarbeitsvertrag für Nordwestdeutschland, von 34 bis 54 km Der Bezirksarbeitsvertrag für den Freistaat Braunschweig, von 54 bis 148,4 km bis Plauer See: der Bezirksarbeitsvertrag für Provinz Sachsen und Anhalt.

4. Lokomotivführer und Heizer, die vorübergehend von ihrer Station aus in ein Logegebiet mit anderem Lohn fahren, behalten ihren alten Lohn. Die in den Werkstätten beschäftigten Reparaturhandwerker erhalten den jeweiligen Facharbeiterlohn des Streckentariffes.

Der Schiedsspruch ist auf Grund der Vereinbarung der Parteien vom 31. März 1928 endgültig und bindend. Der bisherige Streckentariff beruhte auf den früheren Löhnen der Bezirksarbeitsverträge für das Baugewerbe. Diese Löhne sind mit Wirkung vom 12. April dieses Jahres erhöht worden. Daraus ergab sich die Notwendigkeit, auch die Löhne des Streckentariffs zu erhöhen. Das ist durch den vorstehenden Schiedsspruch geschehen.

Glaf - Habelschwerdt. Mit dem Gemischtwirtschaftlichen Arbeitgeberverband für die Grafschaft Glaf ist am 28. April nach schwierigen Verhandlungen eine Einigung zustande gekommen. Unsere Tarifverträge waren bereits vorher anerkannt worden, so daß hinsichtlich der Löhne ein Anhang zu den Tarifverträgen geschaffen wurde. Er hat folgenden Wortlaut:

Anhang zu § 2 Absatz 1 des Bezirksarbeitsvertrages für die Kreise Glaf, Habelschwerdt und den in § 1 des Bezirksarbeitsvertrages bezeichneten Teil des Kreises Frankenstein.

Ortsklassenverzeichnis: Ortsklasse I: Kreis Glaf, Bad und Stadt Landeck, im Kreise Habelschwerdt und diejenigen Ortsklassen im Kreise Frankenstein, die südlich der Linie gebildet von den Ortsklassen Baiken, Camenz (ausschließlich) Dürbartsch, Niesersdorf, Priesnitz, Müllsch liegen. Ortsklasse II: Kreis Habelschwerdt mit Ausnahme von Stadt- und Bad Landeck.

Lohnübersicht. (Ecklohn, im übrigen Abstaffelung gemäß Prozenttabelle des § 2 des Bezirksarbeitsvertrages und der Bestimmungen des Reichsarbeitsvertrages §§ 5 und 6.) Ab 13. April 1928 bis 26. September 1928 für a) Vertragsgebiet der Ortsklasse I: Facharbeiter 80 %, Bauhilfsarbeiter 72 %; b) Vertrags-



Versager und Pfeifen bei Sprengschüssen nie ausbohren!

gebiet der Ortsklasse II: Facharbeiter 84 %, Bauhilfsarbeiter 68 %, Tiefbauarbeiter 65 %.

Die Löhne der Bauhilfsarbeiter wurden um 5 %, die der Bauhilfsarbeiter um 4 % erhöht. Während es für die Tiefbauarbeiter in Ortsklasse II gelang, ihren Lohn um 4 % zu erhöhen, ist es nicht gelungen für diese Gruppe in Ortsklasse I zu einer Einigung zu kommen.

Staubbecken-Ottmachau. Nach wiederholten und schwierigen Verhandlungen ist es am 29. April gelungen, in Reisse eine Vereinbarung über die Löhne abzuschließen. Facharbeiter erhalten 91 % und Tiefbauarbeiter 83 % je Stunde. Der Stundenlohn des Bauhilfsarbeiters beträgt 83 % des Facharbeiterlohnes. Die Löhne gelten vom 12. April bis 26. September 1928. Im übrigen gelten die Bestimmungen des Lohn- und Arbeitstariffes für das Vertragsgebiet Oberschlesien. Die Lohnrenten betragen für Facharbeiter 21 % je Stunde, für Tiefbauarbeiter 17 %. Hinsichtlich Unterkunftsräume und Kantinen und anderer Fragen des Arbeitsverhältnisses gelten die allgemeinen Bestimmungen des Reichsarbeitsvertrages sowie die der Arbeiterfürsorgeeinrichtungen für das Staubbecken-Ottmachau, die mit dem Oberpräsidenten in Breslau vereinbart worden sind. Da Meinungsverschiedenheiten darüber bestanden, welchen Lohn die Tiefbauarbeiter auf der Baustelle der Bauarbeitergemeinschaft Staubbecken-Ottmachau für die Zeit vor dem 1. April zu beanspruchen haben, ist vereinbart worden, daß die neuen Löhne für die Baustelle Staubbecken-Ottmachau bereits vom 1. April 1928 an nachzuzahlen sind.

Aus den Baugewerkschaften

Einburg. In der am 1. April abgehaltenen Generalversammlung gab Kollege Hofmann den Geschäftsbericht. Die Bautätigkeit war im Berichtsjahre recht reger; es wurden 487 Wohnhäuser, 39 Industriebauten, 283 landwirtschaftliche und 13 Gemeindebauten errichtet und 129 Umbauten ausgeführt. Um den Wohnungsbedarf zu decken, muß in den kommenden Jahren noch viel intensiver gebaut werden. Die Lohnverhandlungen gestalteten sich äußerst schwierig, weil von rund 200 Unternehmern nur 40 dem Verbande angehören und dieser Verband nur für einen Lokaltarif zu gewinnen ist. Immerhin ist eine durchschnittliche Lohnsteigerung von 9 1/2 % erzielt worden. Die Lohnvereinbarung ist auch allgemeinerbindlich erklärt und bei allen Außenstellen durchgeführt worden. In den Kalkbetrieben ist der Lohn um 4 % gesteigert worden. Die Generalversammlung war der Meinung, daß sich gerade in dieser Industrie die Folgen mehr auf den Kampf einstellen müssen. In den Folgejahren liegt der Lohn um 6 %; in der Warmindustrie, deren Arbeiter vorwiegend christlich organisiert sind, nur um 3 %. Zur Innehaltung der ständigen Arbeitszeit konnten einige Unternehmer erst durch die Staatsanwaltschaft veranlaßt werden, der Erfolg war aber dann am so nachhaltiger. Zur Durchführung der Tarifverträge waren am Arbeitsgericht 28 Klagen, an Amts- und Landgerichten 14, am Landesarbeitsgericht 4 und bei Schieds- und Schlichtungsinstanzen 26 Klagen notwendig. Davon wurde die Mehrzahl zu unsern Gunsten erledigt und 12 313,66 Mark erststritten. Es mußten auch zahlreiche Klagen bei Versicherungsämtern, Oberversicherungsämtern und ähnlichen Stellen geführt werden. Der Kassenerlösnis, den W ä s t erstattete, zeigte, daß sich die finanzielle Grundlage der Baugewerkschaft wesentlich gebessert hat. Die Lokalkasse wies Ende 1927 einen Bestand von 2473,01 M auf. Die Mitgliederzahl stieg im Berichtsjahr von 1647 auf 1847. In der Aussprache wurde die Geschäftsführung gebilligt und dem Kassierer Entlassung erteilt. Das Ausscheiden des Kollegen W ä s t wurde sehr bedauert. Zum Schluss hielt Stampe vom Bezirksvorstand einen Vortrag über „Baugewerkschaft und Organisation“.

Reutlingen. Unsere Baugewerkschaft hielt am 19. April, vor Beginn der Arbeit, morgens 7 Uhr, ihre Vierteljahresversammlung ab, in der zur Lohnfrage und zum Schiedsspruch Stellung genommen wurde. Der Schiedsspruch wurde anerkannt und den Kollegen die neuen Lohnsätze ausgehändigt. Jeder Firma sind von uns die vom 5. April an geltenden Lohnsätze mitgeteilt worden. Beschlossen wurde, die Firmen, deren Belegschaft nicht in der Versammlung anwesend war, nicht zu benachrichtigen. Aus dem Bericht des Kollegen Ruff über das 1. Vierteljahr ist zu entnehmen, daß die Bautätigkeit erst jetzt in Gang gebracht werden konnte. In Tübingen wird in diesem Jahr eine sehr gute Bautätigkeit herrschen. Ganz besonders mußte die Baugewerkschaft ihr

Augenmerk auf den Bauarbeiterstand richten. Fast an jeder Baustelle muß der Kampf um den Unterkunftsraum geführt werden. Leider gibt es immer noch Bauarbeiter, die glauben, ohne Unterkunftsraum auskommen zu können. In 12 Fällen wurde wegen des Unterkunftsraumes bei der zuständigen Behörde Anzeige erstattet. Zur Frage der Arbeitszeit kann gesagt werden, daß von den Arbeitern der Firma Sommer der Sonnabendnachmittag nicht eingehalten wird, selbst am Osterfestabend wurde auf einer Baustelle noch nach 4 Uhr gearbeitet. Jedes Mitglied hat die Pflicht, nicht länger als die tariflich festgelegte Arbeitszeit zu arbeiten. Auf dem Gebiet der Sozialpolitik mußte unser Geschäftsführer wiederholt eingreifen. Vielfach werden den Arbeitern die Beiträge abgezogen, aber nicht an die zuständigen Stellen abgeführt. Mühsen deswegen doch allein im ersten Vierteljahr drei Unternehmer verurteilt worden. Die Mitgliederzahl hat erfreulicherweise um 70 zugenommen und beträgt jetzt 793. An Werarbeitern hat es nicht gefehlt. Neuaufnahmen wurden insgesamt 143 gemacht. Die Versammlungen waren durchweg gut besucht. In Pflanzhausen wurde nochmals der Versuch unternommen, die Syndikalkassen auf den richtigen Weg zu bringen. Einer Versammlung, zu der sie eingeladen waren, sind sie aber dadurch ausgewichen, daß sie selbst eine Versammlung einberiefen, die allerdings sehr schlecht besucht war. Eine Reihe von Klagen vor den Arbeitsgerichten hatten durchweg Erfolg. Die Einnahme für die Hauptkasse betrug einschließlich eines Kassenschatzes insgesamt 12 197,92 M. In Unterkunftsfragen wurden gezahlt 5880,35 M. Die Lokalkasse hatte eine Einnahme von 3211,75 M, darunter 1004 M für Verwaltungsbeiträge. Sätzen wir diesen Beträgen nicht eingeführt, so würden die Ausgaben die Einnahmen gewaltig übersteigen.

Schnefeld. In unserer Quartalsversammlung am 22. April gab Linnau den Bericht über unsere Lohnbewegung. In der Aussprache wurde der Schiedsspruch des Haupttariffamtes stark kritisiert, weil die Lohnaufbesserung weit hinter der Leistung zurückbleibt. Nachdem unser Kassierer J. Sinn die von den Redatoren geprüfte Abrechnung vorlesen hatte, wurde ihm Entlassung erteilt. Darauf wurde dem Kollegen Markus Andersen aus Hohenasperg anlässlich seiner 25jährigen Mitgliedschaft in unserer Organisation mit einer Ansprache eine Ehrenurkunde übergeben. Linnau präsidierte in seiner Ansprache Markus Andersen als ein Vorbild unserer Nachkommen im Bunde.

Aus den Fachgruppen

Glaser.

Hamburg. Eine am 3. Mai abgehaltene, gut besuchte Versammlung nahm zu dem für das Glasergerbe in Hamburg, Altona und Wandsbek gefällten Schiedsspruch Stellung. Arthur Müller gab dazu den Bericht über unsere Lohnbewegung. Kauf der am 3. April vor dem Schlichtungsausschuß getroffenen Vereinbarung sollten die Verhandlungen wieder aufgenommen werden, wenn die neuen Löhne im Baugewerbe festgelegt sind. Nachdem dies geschehen war, beantragten wir die Einleitung von Verhandlungen. Die Glaserinnung lehnte unsere Lohnforderung ab, worauf die Lohnkommission beschloß, den Schlichtungsausschuß anzurufen. Nach mehrföndiger Verhandlung am 27. April einigten sich die Parteien: Der tarifliche Spitzenstundenlohn betragt nunmehr mit Wirkung vom 1. April 1928 1,46 M. Vom 27. September 1928 bis zum 31. März 1929 ist der Stundenlohn gleich dem der Zimmerer. Hierbei wird ausdrücklich auf § 4 Absatz 1 des Rahmentarifvertrages Bezug genommen. In der sehr regen Aussprache kam der Unwille über die Unzulänglichkeit des Schiedsspruchs zum Ausdruck. Die Lösung vom Zimmererlohn wurde aber von einigen Redatoren für zur Zeit nicht zweckmäßig bezeichnet. Bei einer günstigeren Konjunktur wird auch für uns die Gelegenheit gegeben sein, unsere Lebenshaltung zu verbessern. Die Zustimmung ergab die Annahme des Schiedsspruchs. Müller berichtete darauf über die in Berlin mit dem Vorsitzenden des Verbandes der Glaserinnungen Deutschlands gepflogenen Besprechungen über die Einleitung zu den Verhandlungen um einen Reichsarbeitsvertrag. Ueber das Sabotage des Facharbeitsnachweises sowohl durch Kleinmeister als auch durch Kollegen wurde lebhaftes Klage geführt. Derartige Fälle müssen sofort dem Kollegen Arthur Müller gemeldet werden. Bei dem Verwaltungsausschuß des Arbeitsamtes soll die Verlängerung der Unterlassungsdauer auch für Glaser beantragt werden.

Hollerer.

Frankfurt a. M. Am 28. April hielten wir eine gut besuchte Versammlung ab. In der Frage der Durchführung des Reichsarbeitsvertrages verwies Kollege Ebert ausführlich auf den § 6 B, wonach die Erstverweigerung nicht unter das Einkommen zu rechnen sind und deshalb auch hierfür keine Steuern und Sozialbeiträge abgezogen werden dürfen. Ueber den Abzug von Steuern bei einzelnen Arbeitstagen in einer Woche gab das Finanzamt Frankfurt a. M. die Auskunft, wonach der steuerfreie Lohnbetrag nach Tagen zu berechnen ist. Die Berechnung des steuerfreien Lohnbetrages für die ganze Woche, auch wenn nur an einzelnen Tagen gearbeitet wird, kommt nur in Frage bei Kurzarbeit oder Krankheit und zwar auch nur dann, wenn der betreffende Arbeiter im laufenden Dienstverhältnis bei der Firma steht. Die Steuerkarte muß im Besitz des Unternehmers bleiben, damit nicht dem Arbeiter für die Tage, an denen ausgelegt wird, noch an anderer Stelle der steuerfreie Lohnbetrag in Anrechnung gebracht wird. Die Versammlung wählte darauf für sämtliche Betriebe die Obsteuere und beschloß einstimmig, den 1. Mai durch Arbeitstube zu feiern. Hinsichtlich der Lohnregelung wurde die tarifliche Formulierung bekanntgegeben. Das Verhandlungsergebnis ist mittlerweile ebenfalls den Kollegen und den Firmen mitgeteilt worden. Als Abgeordneter zur Reichsfachgruppenkonferenz wurde Ebert, als Stellvertreter Winkel gewählt.

Mannheim-Ludwigsafen. Am 15. April feierte unsere Fachgruppe ihr 25. Gründungsfest. Das Festlokal war auf das schönste geschmückt. Von der Bezirksleitung war Kollege August Philipp, von der Baugewerkschaft ihr

en von
Durch
Dr als
abrid,
he in
Kad
m leb-
nehen,
urden;
D Ein-
er ent-
nehm
e ver-
mäßig
t muß
iligung
zurück-
1927 als
bl von
he, die
dürfte
ch es
ein
abzu-
gänger-
r 1927
und der
gefah-
reit im
in den
tronen“
ormge-
um im
benutzt
nieren
f In-
erliche
s ent-
Grund-
beriten
e ent-
ch bei
ährend
mfallig
erliche
in der
änden:
1 der
rungs-
liegen
es be-
Grund
Der
es dem
daher
schalles
schlag 1
jüngste
reife
de det
e. Die
Zahl
Stufen-
s, auf
belang
Gegen-
periode
ich die
Arbeits-
in an-
unter-
10 Per-

52,8
18,7
24,7
25,1
13,7
10,9
28,2
25,3
22,2
3,0
6,8
6,4
14,9
7,6
14,0
15,5
18,4
11,3
16,8
17/1704

waren die Kollegen Krug, Eusef, Mangold, Eberle und Kamp erschienen. Zahlreich waren auch die Bauarbeiter angetreten, um unser Fest zu beschönigen. Der Saal war voll besetzt. Kollege Karl Wappert begrüßte die Gäste, Fräulein Anna Jgel erntete reichen Beifall mit ihrem Vortrag: „Proletariat, vereinigt Euch.“ Dann hielt unser alter Kollege Christian Odenthal die Festrede. Er streifte die Entstehung und Entwicklung des Isoliererberufes. Dann schilderte er die Entstehung und Weiterentwicklung der Isoliererorganisation. Er gedachte auch der Frauen und ersuchte sie, bei ihren Männern dahin zu wirken, daß sie ihre Organisationspflicht voll und ganz erfüllen. Zum Schluß ersuchte er, im Sinne der Ältesten für die Organisation weiter zu werben! Reicher Beifall war der Lohn. Die Ehrung der Gründer und Jubilare übernahm August Philipp. Seine Rede und die Ueberreicherung der Ehrenurkunden und Blumensträuße lösten lebhaften Beifall aus. — Dem Volkshor Ludwigshafen sei an dieser Stelle herzlich gedankt für seine gebiegene Mitwirkung. Auch dem Kollegen Diercke und den Gebrüdern Jgel für ihre Mitwirkung besten Dank! Auch Dank den Berliner und Dortmund Kollegen für ihre Glückwünsche. In froher Weise verlief die Festlichkeit. Den Teilnehmern wird sie noch lange in Erinnerung bleiben. Den Kollegen im Lande rufen wir zu: „Helft weiterbauen am guten Werke, damit es vollendet werde zum Wohle aller!“ — Wegen der Reichsfachgruppenkonferenz ist unsere Versammlung erst am Sonntag, 10. Juni, vormittags 9 Uhr, in Ludwigshafen im Lokal Fischer, Kanalstraße 66.

Stukkateure und Pußer.

Der Reichsarbeitsvertrag für das Stuckgewerbe allgemeinverbindlich. Der Reichsarbeitsvertrag für das Stuckgewerbe, abgeschlossen am 28. November 1927, nebst Zusatzvereinbarung vom 22. März 1928 ist für den angegebenen Geltungsbereich gemäß § 2 der Tarifvertragsverordnung in der Fassung vom 1. März 1928 für allgemeinverbindlich erklärt worden. Der berufliche Geltungsbereich der allgemeinen Verbindlichkeit erstreckt sich auf die gewerblichen Arbeiter im Stuckgewerbe im Umfang des § 1 Absatz 4 des Tarifvertrages und der Zusatzvereinbarung. Der räumliche Geltungsbereich der allgemeinen Verbindlichkeit ist das Gebiet des Deutschen Reiches. — Die allgemeine Verbindlichkeit erstreckt sich nicht auf § 12 (Behandlung von Streitigkeiten) des Tarifvertrages; sie erstreckt sich auf Streitlingsbestimmungen nur insoweit, als durch die Streitlingsbestimmungen oder Innungen innerhalb ihrer gesetzlichen Befugnisse nicht anderweitige Bestimmungen getroffen sind oder getroffen werden. Die allgemeine Verbindlichkeit beginnt mit Wirkung vom 1. April 1928.

Töpfer und Fliesenleger.

Ofenformer. Im Mantel- und Lohnarbeits-Streit zwischen dem Verband Deutscher Kachelofenfabrikanten, Bezirke I, III und IV und dem Deutschen Baugewerksbund vereinbarten die Parteien:

1. a) Der Mantelarifvertrag vom 22. Juli 1925 wird für die Zeit vom 1. Juli 1927 bis 30. April 1928 wieder in Kraft gesetzt. b) Mit Wirkung vom 1. Mai 1928 wird der Schiedspruch des Schlichtungsausschusses Groß-Berlin vom 6. September 1927 mit folgenden Änderungen und Ergänzungen durchgeführt: In § 3, Arbeitszeit, tritt an Stelle des wegfallenden zweiten Absatzes folgende Bestimmung: In Fällen dringenden wirtschaftlichen Bedürfnisses kann die im Betriebe übliche Arbeitszeit im Rahmen des Arbeitszeitgesetzes zwischen Betriebsleitung und gesetzlicher Betriebsvertretung anderweitig geregelt werden. In § 5, Handwerkszeug, wird das Wort „zweifache“ ersetzt durch „dreifache“. § 8, Schlichtung von Streitigkeiten, erhält folgenden zweiten Absatz: Mängel im Lohnarbeits sowie Veränderungen im Arbeitsgange, die durch Neueinrichtungen in der Fabrikation verursacht werden, sind durch Verhandlungen zwischen Betriebsleitung und gesetzlicher Betriebsvertretung unter Hinzuziehung der beiderseitigen Verbandsvertreter auszugleichen. Kommt eine Einigung nicht zustande, so hat jede Partei (Betriebsleitung und gesetzliche Betriebsvertretung) einen Schiedsrichter zu ernennen. Die beiden Schiedsrichter wählen sich, falls sie sich über den Streitfall nicht einigen können, oder die Parteien ihren Vorschlag nicht annehmen, einen unparteiischen Obmann, der weder den Arbeitgeber noch den Arbeitnehmerpartei nahesteht darf. Der von diesem Schiedsgericht abgegebenen Schiedspruch ist für die streitenden Parteien bindend. In § 9, Geltungsbereich: Dieser Tarifvertrag gilt bis zum 31. März 1930 u. v. w. wie im Schiedspruch.
11. Lohnarbeits. 1. Der tarifliche Stundenlohnfuß erhöht sich um 9%. 2. Die Akkordlohnfüße erhöhen sich um 8% auf 17%. 3. Dieses Lohnabkommen tritt am 28. April 1928 in Kraft. Im Bezirk IV wird ausnahmsweise über den Beginn des Lohnabkommens eine Sonderregelung getroffen. (Trifft am 16. April in Kraft). Es kann mit einmonatiger Frist erstmalig zum 30. April 1929 gekündigt werden. Wird nicht gekündigt, so läuft das Lohnabkommen mit gleicher Kündigungsfrist um je einen Monat weiter.

Kriegs. Die Ofenfabrikanten haben in Schlesien wegen des Abwerts der Ofenpreise der Ofenfabrikanten, der sich gegen die Herabsetzung des Lohnes richtet, schwarze Listen mit den Namen der Streikenden verbreitet. Zu den Bestrebungen auf Lohnabbau wird also ein weiterer Druck auf die unbetriebligen Unternehmer ausgeübt, um die Lebenshaltung der Kriegsflieger herabzubringen. Es darf wohl angenommen werden, daß hinter diesem Vorgehen die Verbandsleitung der Unternehmer steht. Der Plan, die Löhne der Ofenfabrikanten herabzusetzen, soll den Herren nicht gelingen. Dafür wird gesorgt werden! Wir bitten unsere Kollegen dies zu beachten!

Magdeburg. Am 5. Mai hielt unsere Fachgruppe der Zimmerer und Fliesenleger eine gut besetzte Versammlung ab. Vor Eintritt in die Tagesordnung erbat die Versammlung das Indemken des verstorbenen Kollegen Friedrich Braun, der seit 1895 dem Verband angehörte und langjähriger Vorsteher unserer Zahlstelle war. Er war ein unserer Besten. — Darauf gab Schäfer den Bericht von der Reichskonferenz der Fliesenleger. — In der Tagesordnung wurde zu § 4 des Reichsabkommens verlangt, daß die Zuschläge örtlich geregelt werden sollen. Dasselbe soll auch für § 8 gelten. — In § 7 soll das Wort „grundsätzlich“ gestrichen werden und der § 8 bezüglich

geregelt werden. Mit diesen Änderungen stimmte die Versammlung dem Reichsabkommensrat zu. — Ueber die Schaffung eines Bezirksvertrages für Fliesenleger, der dem Vertrag für die Freistaaten Sachsen und Thüringen angeschlossen werden soll, berichtete Kollege Lange. Die Veranschlagung sprach sich grundsätzlich für einen Bezirksvertrag aus und beschloß gegen vier Stimmen, den Antrag der Provinz Sachsen an den Bezirksarbeitsvertrag Sachsen-Thüringen zu beantragen. Mit den Verhandlungen über diesen Punkt wird Kollege Lange beauftragt. — Ueber die Verhandlungen mit der Firma Gebr. Raabe wurde berichtet, daß der Stundenlohn von 1,55 auf 1,65 M erhöht worden ist und die Regelung bis 26. September gilt. Im Bericht von der vorigen Versammlung ist ein Irrtum enthalten. Den Satz „in Lohn bei der Firma Raabe käme man bei voller Beschäftigung auf 2720 M Jahresverdienst“ beizubehalten auch die bei der Firma beschäftigten Kollegen. Es handelt sich hier um einen Schreibfehler; tatsächlich mußte es heißen 3720 M. Darüber hinaus hat die Firma dann noch jedem Kollegen im Jahre 1927 eine Leistungszulage von 18 % je Stunde gezahlt. Hervorgehoben werden muß auch, daß die Firma alle Kollegen durch den Winter gebracht hat und daß überhaupt in allen Fragen eine gute Verständigung mit der Firma erzielt werden konnte. Wenn die Löhne bei der Firma Raabe nicht höhergebracht werden konnten, dann liegt das an den Akkordarbeitern, die bei Tagelohnarbeitern nur einen Stundenlohn von 1,30 M hätten. — Der Tarifvertrag für das Ofenfabrikanten-Gewerbe muß mit zweimonatiger Frist gekündigt werden. Die Lohnkommission hat sich schon mit den Vorarbeiten beschäftigt. Der Racheartikel hat auch noch einige Unannehmlichkeiten, die bei einem Neuaufschluß herausgebracht werden müssen. Die Kündigung des Vertrages wurde von der Versammlung gutgeheißen. — Für den verstorbenen Kollegen Braun wurde Wilhelm Selmede als Stellvertreter Obmann gewählt.

Maschau, Weismesser, Riefchen und Umgebung. Der Stundenlohn im Ofenfabrikanten-Gewerbe beträgt für Ofenheizer bis zum 26. September 1928 75 bis 100 % und vom 27. September an 78 bis 103 %. — Der Akkordzuschlag beträgt bis zum 26. September 1928 für Blatt und Putzzeug 75 % und vom 27. September an 78 1/2 %.

Töpfer auf Chamotte und Schmelz stellt sofort ein Vieher-Dien- und Sonnarbeitsvertrag Hermann Strunz, Weg 4, D. H. B. H. — Schlichter Dien-er stellt ein Dienstvertrag, Heideberg. — Vieher-Schneidmesser für große Blumentöpfe sofort gesucht. Hoff und Bogis im Hauke. Lohn nach Leistung. Wwe. Carl Schärer, Zornwärendorf Zeigte 1. W.

Vom Bau

Goslar. Am 20. April ereignete sich beim Neubau Gebrüder Borchers ein bedauerlicher Unglücksfall. Der Kollege Klingenberg aus Langelsheim war mit dem Kollegen Gronemann damit beschäftigt, Rantböizer auf einer Pflanze zu transportieren. Durch die Rantböizer waren die Säulen ins Rutschen gekommen; sie fielen auf den Kollegen Klingenberg, so daß er darunterzuliegen kam und einen Schädelbruch erlitt. Am 27. April ist Klingenberg seinen Verletzungen erlegen. Die Hauptursache an dem Unglücksfall hatte das Wetter; an den Tagen zuvor herrschte Schneefall, wodurch die Säulen durchgefrieren wurden. **Kassel.** In der Nacht des 27. April auf den 28. April d. J. hat das Jahr 1927 wieder sicherlich für Kassel auf lange Zeit das lebhafteste Jahr im Wohnungsbau gewesen sein. Ueberall, wo man im vorigen Jahre hinkam, wurden große Häusergruppen errichtet. Obwohl die Wohnungsnot noch recht groß ist, insbesondere hervorgerufen durch die vielen schlechten Wohnungen in den alten Stadtteilen, dürfte aber in diesem Jahre der Wohnungsbau wesentlich schwächer sein. Der zahlungsfähigen Mieter, die die höheren Mieten für Neubauwohnungen zahlen können, werden immer weniger. Der zweifelhafte Siedlungsbaum muß auch mehr und mehr dem Mehr-Etagenbau weichen, weil die Kosten zu hoch sind. Die Mehrzahl der Wohnungen wurden im letzten Jahre in 3-, 4- und 5stöckigen Häusern erstellt. — Es ist erklärlich, daß mit den höheren Bauten auch die Unfallgefahr und damit auch die Zahl der Unfälle größer wird. Die Aufstellung der Außengerüste an Bauten mit mehr als 6 Meter Höhe wird hier schon fast restlos durchgeführt. Die große Mehrzahl der Unternehmer kommt den Bestimmungen der Unfallverhütung von vornherein nach. — Leider haben sich im letzten Jahre und auch bereits im neuen Jahre schon eine große Zahl Unfälle ereignet, darunter recht schwere. Die Zahl der tödlich Verunglückten ist von 5 im Jahre 1926 auf 13 im Jahre 1927 gestiegen. Diese Zahl sollte die Kollegen sehr zum Nachdenken veranlassen! Wenn Mängel an den Baustellen vorgefunden werden und der Baukontrolleur die Abstellung fordert, dann muß es erste Pflicht des Poliers und des Baudelegierten sein, den Anordnungen nachzukommen. Solle dies in Zukunft nicht befolgt werden, so können auch Strafen gegenüber den Polieren und den Arbeitern nicht ausbleiben. Nur Schimpfen hat keinen Zweck. Alle im vergangenen Jahre vorgefundenen Mängel aufzuzählen, erübrigt sich. Es kommt aber darauf an, festzustellen, ob Besserung eingetreten ist. Das kann bejaht werden. Eine ganze Anzahl Unternehmer hat das Material im vergangenen Jahre wesentlich verbessert worden. Bei einigen Unternehmern sind sie sogar muster-gültig. Dasselbe gilt von den Aborten. Die meisten Unternehmer haben eingesehen, daß sie mit anständig hergestellten Baubuden und Aborten billiger davonkommen, als mit solchen, die an jeder Baustelle erst neu hergerichtet werden. Man sieht auch ein, daß es gewissermaßen Reklame für eine Firma ist, schöne Baubuden zu haben. Die Verbandskassen sind ebenfalls wesentlich verbessert worden. Wenn es auch noch Unternehmer gibt, die gern daran sparen möchten, so sehen doch auch sie ein, daß sie den Bestimmungen nachkommen müssen. Um mehr Aufklärung über den Bauarbeiterlohn zu schaffen, fanden in 5 Zahlstellen Veranlassungen statt. Wenn sie auch noch besser bedacht sein könnten, so war doch die Aussprache für alle Anwesenden ein Vorteil. Notwendig wäre es, wenn in allen Zahlstellen ähnliche Vorträge gehalten werden könnten. Bei manchen Bauarbeitern läßt der Zustand viel zu wünschen übrig. Es ist unangenehm, wenn mit dem Polier, dem Bauführer oder mit dem Unternehmer über Verbesserun-

gen des Bauarbeiterlohn verhandelt wird, daß am Bau Beschäftigte dazwischen reden mit Worten wie: „Wir sind doch nicht besoffen, uns passiert schon nichts!“ In den meisten Fällen zeigen diese Kollegen gerade ihre Unkenntnis über die Dinge. Oftmals hat man auch das Gefühl, als ob der Besoffene sich nur beim Unternehmer oder Polier beschuldigen möchte. — Öffentlich tragen diese Zeiten dazu bei, daß die Vertrauensleute auf diesen Mißstand hinweisen, für die Hilfe sorgen und zu dem Baukontrolleur volles Vertrauen haben.

Allgemeine Rundschau

Kommunistische Führerparole: Laßt die Massen hungern, damit wir agrieren können. Ueberall beschließen die Kommunisten die Sozialdemokraten und freien Gewerkschafter des Verfalls von Arbeiterinteressen. In Wirklichkeit wollen die Kommunisten nicht, daß den Arbeitern geholfen wird; sie wollen im Gegenteil ihre Notlage noch vergrößern. Dafür ein Beispiel aus dem Ruhrgebiet, das bei jedem anständigen Menschen Scham und Empörung hervorruft. Im Ruhrgebiet drohen Stilllegungen von Zechen. Das Schicksal von tausenden Menschen, die an ihren Wohnsitzen gefesselt, keine Arbeitsmöglichkeit finden, steht auf dem Spiel. Die Arbeit, die Zeche „Johann Deimelsberg“ in Steele, auf der 1300 Menschen beschäftigt werden, stillzuliegen, verurteilt die sozialdemokratische Regierung unter der Arbeiterkassette. Die demokratischen Landtagsabgeordneten machten nun den Versuch, durch Bereitstellung finanzieller Kredite die Stilllegung zu verhindern. Sie befanden sich dabei in Uebereinstimmung mit dem Betriebsrat, der unter Leitung des kommunistischen Obmanns Haack steht. Von den Kommunisten aber wurde diese Aktion nicht unterstützt. Warum nicht? Das hat der kommunistische Betriebsobmann Haack in einer öffentlichen Bergarbeiterversammlung klargestellt. Als Haack in Berlin den kommunistischen Abgeordneten Sabotika zur Rede stellte, warum die Kommunisten sich so wenig um die Stilllegung kümmern und die Bergarbeiterinteressen mit Füßen treten, erklärte Sabotika: „Was tust Du überhaupt in Berlin? Schere Dich sofort nach Steele und halte dort eine Versammlung, nach der du den Bergarbeitern in Steele sagst: „Sabotika: „Du sollst den Bergarbeitern in Steele das sagen, was die KPD will.“ Haack: „Ich weiß nicht, was die KPD in bezug auf die Stilllegung will.“ Sabotika: „Die KPD hat kein Interesse daran, daß die Zeche „Johann Deimelsberg“ noch länger in Betrieb bleibt. Wir wollen, daß die Zeche „Johann Deimelsberg“ stillgelegt wird, damit unter der dortigen Bevölkerung und den Bergarbeitern eine starke Erregung entsteht und es drunter und drüber geht und daß es zu Zusammenstößen und Auseinandersetzungen kommt. Dadurch, daß die Zeche stillgelegt und das Glend größer wird, nur dadurch kann die KPD, an Mitgliedern gewinnen. Das will die KPD, und nun fahre schleunigst nach Steele, damit die Zeche „Johann Deimelsberg“ stillgelegt wird.“ Ein schamloses Spiel mit Arbeiterinteressen ist wohl kaum dagewesen. Der Betriebsobmann Haack und zahlreiche andere Mitglieder der kommunistischen Partei haben den kommunistischen Führern auch bald die Duldung für ihr Verhalten ausgesprochen. Sie haben der KPD, den Rücken gekehrt, sind Sozialdemokraten geworden und agitierten nun für den Sieg der Sozialdemokratie am 20. Mai.

Auch einer von der Reaktion. Im Allgemeinen Krankenhaus in Lübeck amtiert als Chefarzt ein Professor Rank, begehrter Antisemit und selbstverständlich stramm national. In seiner Behandlung ist ein 60 Jahre alter Erbarbeiter, dem infolge eines Betriebsunfalles ein Bein gebrochen ist, das nur schlecht wieder heilte. Der alte Mann verweigerte seine Zustimmung dazu, daß das Bein noch einmal gebrochen werde. Darüber erregte sich der nationale Professor und hielt in dem Krankenhaus, in dem neben dem alten Arbeiter noch 20 kranke Arbeiter liegen, darunter Opfer von schweren Betriebsunfällen, folgende Ansprache: „Da steht man, wohin die Sozialversicherung führt! Ich selbst bekomme keinen Pfennig im Alter, aber der Arbeiter kann sich auf die saule Laus legen, ihm wirft man das Geld noch nach. Die Sozialversicherung ist überhaupt der Krebschaden an der deutschen Wirtschaft. Es ist höchste Zeit, daß mit ihr aufgeräumt wird, sie stärkt nur die Faulheit der Arbeiter.“ Der Haß dieses „nationalen“ Arztes gegen die Arbeiterschaft, der in dieser Ansprache zum Ausdruck kam, zeigt die wahre Gesinnung von seinesgleichen gegen die Massen des werktätigen Volkes. Seine kleine Rede im Krankenhaus für den Opfer des Kapitalismus soll nicht vergessen werden; sie ist eine ganz ausgezeichnete Wahlrede — nur wird sie anders wirken, als er es sich vorstellt hat.

Sprachkenntnisse als Mittel zur Völkerverständigung. Die „Freunde der internationalen Kleinarbeit“ pflegen seit längerer Zeit den Brief-, Zeitungs- und Buchaustausch zwischen Gesinnungsfreunden vieler Länder. Insbesondere nach dem großen blutigen Ringen gegen ein heißes Geben und das Betzen vieler, auch als einzelner internationaler Beziehungen ganz persönlicher Art zu pflegen. Zur Zeit liegen wieder eine Anzahl Briefe englischer Freunde vor, die darauf warten, eine Freundschaftskorrespondenz mit deutschen Gesinnungsfreunden beginnen zu können. Alle Kollegen und Freunde der Völkerverständigung sollten ihre Sprachkenntnisse in den Dienst der Völkerverständigung stellen. — Dann sind da auch noch Kinder unserer Kollegen, die heute eine Schule besuchen, in der Fremdsprachen gelehrt werden. Auch diese Kinder sollten alsbald herangezogen werden, um schon frühzeitig mitzuhelfen an dem Aufbau einer persönlichen Freundschaft zwischen jungen Gleichgesinnten. Infolge des bisherigen Wirkens der Völkerverständigung wird sehr im Ausland der Wille zum Ausbruch gebracht, auch die deutsche Sprache zu erlernen. Selbstverständlich werden auch die Beziehungen mit französischen Gesinnungsfreunden gepflegt und ausgebaut. — Alle weiteren Auskünfte erteilt die Vereinigung „Die Freunde der internationalen Kleinarbeit“ in Berlin, E-W 19, Kurstraße 32, die auch ein zweisprachiges Blatt „Der Pionier“ respektive „The Pioneer“ herausgibt.

Oien DUFEN ENAMELINE benutzen!

Unsere fehrreiche Broschüre "Wie pflege ich den elernen Dfen" erhalten Sie auf Wunsch umsonst. ENAMELINE-WERKE HÖCHST A. M. Altona 4

Musik-Instrumente
für Orchester, Schule u. Haus. Großer Katalog umsonst. Teilzahlung gestattet.
Max Dürfel, Klingenthal i. Sa., Nr. 37.

PRESTO
Beste Qualität

Billigster Preis

Verkaufsstellen werden nachgewiesen durch:
Nationale Automobil-Gesellschaft A. G.
Abteilung Prestowerke Chemnitz 1

Wir liefern Ihnen **erstklassige Fahrräder**

Von organis. Arbeitern im eigenen Betrieb aus den allerbesten Rohmaterialien mit äußerster Sorgfalt hergestellt. Auf Wunsch gegen Teilzahlung Bei Barzahlung 10 Prozent Kassenscont.

Verlangen Sie bitte unseren Spezialkatalog gratis
Fahrradhaus Frischall, Offenbach a. M.
Eigentum des Arbeiter-Radfahrer-Bundes "Solidarität"

DIE SAUERSTOFF-ZAHNPASTA BIOX
BIOX ULTRA STARK SCHAUMEND
Kleine Tube 50 Pfg.

Direkt ab Fabrik an Private.
Berufs-, Sport- u. Leiserebikel.
Werkzeuge für alle Bauhandwerker. Teakholz-Wasserwerke. Teaklin. Spezial-Werkzeuge f. Fliesenleger u. Stukkat. Schlapphüte 9, 12 u. 15 cm Rand. Isländer, Liederbuch -75 M., Preisliste gratis.
Versandh. Fritz Ulrich
Altona-Elbe 7, Gustavstr. 58-60

Dantjagung
Ischias, Gicht- und Rheumatismskr.
tritte ich gern geg. 15 A. Wdh. lounst lounstfrei mit, wie ich vor 2 Jahr. u. mein Ichm. Ischias u. Rheumatismskr. in ganz kurzer Zeit befreit tou-be.
J. Stieling, Müller-Kantinen-Fabrik, Jüstrin-Alstadt-Nr 12

Neue Gänsefedern
wie sie von der Gans fallen a Wd. 3.- M., bespitzt gereinigt 3.80 M., Gollbannen, gereinigt, 6.- M., Dreifertelbannen 6.75 M., Gollbannen 9.-, 10.50 M., Geflügel Federn mit Bannen, gereinigt, 4.-, 6.55, 8.75, 12 7.50 M., Garantie für reelle, taubtreue Ware, von 6 Wd. ab portofrei
Brau A. Wodrich, Gänsefied. Neu-Exebbin (Oderbrück)

Bettfedern aus erster Hand geschl. 90 A, Rupp 1.75, Halbdaune 2.75, 4.00, weiß Flaumrupf 4.00, beste 5.00, Daune 7.00, weiß 8.00 - 10.-, Schließdaune 3.50-5.00, Oberbett 1a licht, Inlett 2 Pfd. 12.00, 18.00, Kissen 3 Pfd. 3.50, 5.50 aufw. gegen Nachn. Must.-Preis. fr. k. Risiko. Nichtp. zurück. **Böhm. Bettfed.-Spezialh. Sächsel & Stadler, Berlin 6 82, Landsbergerstr. 43.**

Warum mehr bezahlen?

Nur **68.- Mk.** kost. jetzt ein hochmod. elegantes, starkes u. dauerhaftes Sten-Attenturc mit mod. rassisgem Rahmenbau mit Jahren Garantie u. Original (orpedo-treistaut pr. Herstellung (rot oder grau). Nickelfedersattel gelbe Felgen mit rost-sicheren Speichen, kompl. Werkzeug, Pumpe, Glocke usw. Versand überallhin. - Zahlungen leichterrung. - Katalog über Fahrräder, Gummi, Zubehörtelle gratis und franko.

Ernst Machnow, Berlin, Weinmeisterstr. 14
Größtes Fahrradhaus Deutschlands

Hygien.Artikel
Preis. grat. bei Nenng. d. gewünscht. Artik. od. Zweckang.

Gummi - Hering, Abt. 33, Berlin C 25.

Maurer - Bauarbeiter!
Nur erprob. Qualität. 1 Sie kauf dir a Fabr. Hosen 11, 56, 9.80, 5.70, Jacketts 13.50, 10.70, 6.70 sow. all. Berufskid. Ausw. Stoffprob. Preis. grat. Fabr. Vera Berlin, Kaiserstr. 32. Verkaufsst.: Kottbuser-Str. 5 (Kottbusser Tor) Kaiserstr. 32a (Alexanderplatz) Hermannstr. 166-67 (Neukölln) Lützow-Str. 15 (Sekte Komintener Str.) Havelstr. 17a (Spandau)

Be-Ha-We Bekleidungs - Haus für Werkstätige, Geogr. 1906.

Leist das "Bauwert"!

Maurerhosen
Dreidrahtleder 13.-, Zweidrahtleder 9.-, Ford. Sie Muster ein. Must. grat. u. franko. **Herbst Fritsche, Niederoderwitz i. S.**

Gesünder
als Bier u. billiger als Wein
Hinkel Frankfurter A P F L W E I N
naturrein, rotklar, haltbar.
Versand in Leihfäss. von 30-600 Ltr. zu 35 Pfg. Ausverkauf 1/2 fl. Apfelspekt per Fl. 1.60 und 2.- Mk. Steuer in Kist. von 12-50 Fl. per Nachn. Dampfkellerei **Hink i. Vibel 21, bei Frankfurt a. M.**

Anzüge

1. Sport, StraÙe u. Abend, Herren-Loden-Gummi-, Herbst- u. Wintermäntel, Windjackets, Tennis-Mäntel u. Schuhe u. Stiefel.
5 Tage zur Probe Rücksendung. wir recht bei Nichtgefallen um Güte und Preiswürdigkeit prüfen zu lassen. h. angem. Anzahlung gegen bezug. Wochenzahlungen von nur G.-M.
Illustrierter Prospekt mit Preisliste gratis und franko.
V. aller H. Eartz, Berlin 542, Postf. 846 B.

Bullbrand - Der fliegende Holländer - Anno 1770 - EICKEN-TABAKE
LEICHT BLUMIG BILLIG

Kollegen! Tragt Euer Bundesabzeichen!

Kellen und alle Werkzeuge für sämtl. Bauhandwerker
HCH. ANTWEILER (mit MANNHEIM POSTFACH 28)

Direkten Bezug zu Volkspreisen
Musikinstrumente-Sprechapparate-Harmonikas
Überregende Leistungsleistung! 20000 Musikinstrumente
100 000 im vergangenen Jahre verkaufte Instrumente
Meinel & Herold
Musikinstr., Sprechapp., Harmonika-Fabrik
Klingenthal, Nr. 1103

Liquid für alle

das Rad
unserwirdlich von schweißem Saft und spielendem Laub. 5 Jahre Garantie! Besonders niedrige Preise weil direkt ab Fabrik.

Spezialrad schon für 38.-
Taschengeld, Photos und Sportartikel, Musikwaren, Worn-Geschm. u. Haushaltarartikel der preiswertesten und besten Qualität.
Hunderttausende zufriedener Kunden! Überlegen Sie kostenlos und ohne Auszahlung den Spezialkatalog der **Sigrid Gesellschaft Fahrrad-Fabrik Jassel, Nr. 388**

bequeme Teilzahlung

370. Hamburger Staats-Lotterie

Diese Lotterie ist auch in Preussen, Thüringen und Braunschweig genehmigt

Ich verweise auf die große Zahl bedeutender Treffer bei geringer Losanzahl. Es gelangen **6 Millionen 223850 Reichsmark** zur Verlosung. Von 45 000 Losen werden in 6 Klassen 33 800 mit Gewinnen gezogen, ferner 3 große Prämien.

Auf 2 1/2 Lose ein Gewinn. - Gewinne sind einkommensteuerfrei. - Der größte Gewinn beträgt im glücklichsten Falle

Fünfhunderttausend Reichsmark (eine halbe Million)

Höchstgewinn evtl. RM 490 000, 480 000, 470 000, 460 000, 450 000,
Prämien u. Gewinne à RM 200 000, 120 000, 100 000, 80 000, 70 000, 60 000, 50 000, 40 000, 35 000, 30 000, 25 000, 20 000 usw.

Der amtlich festgesetzte Preis beträgt für jede Klasse:

1/8 Los RM. 2,50 | 1/4 Los RM. 5.- | 1/2 Los RM. 10.- | 1/1 Los RM. 20.- | Porto und Liste 35 Pfennig extra

Aufträge zur ersten Klasse umgehend erbeten, spätestens bis zum **4. Juni 1928**. - Amtlicher Plan gratis.

Philipp Fürst, Hauptkollekte, Hamburg, Gr. Bleichen 82 d.

Bestellbrief, hier abtrennen!

An die Hauptkollekte **PHILIPP FÜRST in Hamburg 36, Große Bleichen 82 d.** - Postscheckkonto Hamburg 9890.

Ersuche um Zusendung von

- ganzen Original-Los à Mk. 20,-
- halben " " 10,-
- viertel " " 5,-
- achtel " " 2,50

Porto und Gewinnliste 35 Pf. extra.

Adresse des Bestellers (gefl. recht deutlich schreiben):

Name:.....
Wohnort:.....
Adresse:.....

Betrag erhalten Sie beifolgend per Einschreiben - per Postanweisung - Zahlkarte - ist durch Nachnahme zu erheben. (Nichtzutreff. bitte zu durchstreichen.)